

Noch in dieser Ausgabe:

Der Abschaum muss weg	S. 3
Wiesenstraße: Bieterverfahren stoppen	S. 5
Interview mit „Christen pro Ethik“	S. 6
Kommentar: Ursache und Wirkung	S. 8
Reinigungspersonal braucht Solidarität	S. 9

Aufruf der Friedenskooperative	S.10
Die Ermordung von Rosa und Karl	S.11
Berlin - Hauptstadt des Prekariats	S.12
Atomkraftwerke abschalten	S.13
Ein Feuerwerk der Emotionen	S.14
Veranstaltungen und Bürgerangebote	S.16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Sei sozial, sei gerecht, sei nicht Berlin

Es ist bekanntermaßen immer ganz einfach, irgend etwas nicht gut zu finden. Im Meckern sind wir alle ganz groß, bei besseren Vorschlägen immer ganz klein. Die Imagekampagne des Senats „be berlin“ oder gern auch auf deutsch „sei berlin“ macht es aber den Berlinern auch besonders leicht, sie nicht gut zu finden.

Der Senat, allen voran unser Bürgermeister Wowereit, war der Meinung, Berlin müsse sein Image aufpolieren, was die New Yorker mit „I love New York“ oder die Amsterdamer mit „I amsterdam“ haben, kriegen wir doch auch hin. Also wurde im August 2007 ein BerlinBoard, ein Beraterkreis mit prominenten Vertretern aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft vorgestellt. Danach die Suche nach einem Slogan ausgeschrieben und im März 2008 das Ergebnis des Ideenwettbewerbs stolz verkündet. Der neue Slogan der Image-Kampagne lautet „be berlin“ bzw. „sei berlin“.

Berlin brauche eine Markenkampagne, denn Berlin wird im In- und Ausland unterschiedlich wahrgenommen, wie Bürgermeister Wowereit in seiner Rede zur Präsentation erklärte. Im Inland steht Berlin für lebenslustig und trendy. Im Ausland gelte Berlin als kompetente Stadt, führend in der Wissenschaft und

am Puls der politischen Macht. Es gelte nun diese unterschiedlichen Wahrnehmungen Berlins zusammenzubringen und dafür zu sorgen,



dass der Funke, wie toll Berlin eigentlich ist, auf alle Bewohner überspringt.

Bei der Finanzierung der Kampagne wurde wohl der Grundsatz angewendet: wat nix kost, is nix. Denn schließlich ließ der Senat satte 11 Millionen Euro für die Kampagne springen. Auch die Meldungen über die Rekordzahlen in Sachen Berlintourismus, die eigentlich den Schluss nahe legen müssten, Berlin brauche eine solche Kampagne nicht, hielten den Senat nicht von seinem Millionenprojekt ab.

Bild: anhaltspunkt.wordpress.com



Stolz verkündete Wowi in seiner Rede: „Viele Städte und Länder machen Imagekampagnen. Die meisten sind Erfindungen von Werbefachleuten und Marketingagenturen. Wir machen das anders. Wir bauen auf Sie – auf die Berlinerinnen und Berliner.“ Denn die Menschen sollen ihre Berlin-Geschichte erzählen: per Post, per Telefon, per Internet. Drei junge Frauen sichten die Einsendungen und ent-

scheiden dann, ob ihre Geschichte wirklich eine Erfolgsgeschichte ist und zur Kampagne passt. 2008 startete die Kampagne nur in Berlin und ab diesem Jahr geht es auf bundesweite und weltweite Tour.

Klingt toll, dass Berlin es anders machen will. Dumm nur, dass Jochen Pläcking, ein Jurymitglied beim Wettbewerb, rein zufällig im Aufsichtsrat einer jener Agenturen sitzt, die den Wettbewerb gewonnen haben und auch mit zwei weiteren Siegeragenturen geschäftlich eng verbunden ist. Schade eigentlich, dass es in Berlin doch nicht so viel anders läuft als anderswo. Nach Bekanntgabe der Siegerideen wurden auch Plagiatsvorwürfe (alles nur geklaut) laut. Auch das noch.

Die vielen Erfolgsgeschichten landen nach der Überprüfung auf www.sei.berlin.de, einer in Flash programmierten Internetseite. Flash ist eine bestimmte Entwicklungsumgebung für die Gestaltung von Internetseiten. Schlecht für alle Menschen in dieser Stadt mit alten Rechnern oder langsamen Internetzugängen. Denn die können die ganzen tollen Geschichten der Berlinerinnen und Berliner gar nicht lesen. Für die bleiben 20 von der Redaktion ausgewählte Geschichten einsehbar. Von den Menschen ohne Internetzugang, die soll es ja auch noch geben, gerade in der älteren Bevölkerung, ganz zu schweigen.

Eigentlich nicht verwunderlich, dass die Kampagne bei der Bevölkerung nicht ankam. Laut einer Forsa-Umfrage im Frühjahr 2008 fanden 60 Prozent der Berliner die Kampagne schlecht, nur 34 Prozent gut. Der Hauptgrund für die negative Bewertung der Kampagne lag im Missfallen des Slogans „be berlin“, der rief nämlich bei vielen Bürgern eher negative statt positive Assoziationen hervor. Mittlerweile hat sich das

natürlich geändert. Die Kampagne komme an und auch die Zahl der anfangs eher spärlichen Einsendungen steige, betonte Senatsprecher Richard Meng im November 2008.

Auffällig bleibt, dass in diesen vielen Tausenden Einsendungen der Wedding nur selten vertreten ist. Ach stimmt, ganz vergessen, es geht ja um Erfolgsgeschichten in dieser Stadt.

Damit der Vorwurf „nur meckern, nichts dahinter“ auf uns nicht zutrifft, hier unser Verbesserungsvorschlag: Liebe Bürger dieser Stadt, lasst uns einen Ideenwettbewerb aus-

schreiben, wie man diese Stadt mit 11 Millionen Euro zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verändern kann. Die Ideen mit den besten und größten Auswirkungen zur Bekämpfung der Armut, für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Verringerung der Spaltung der Gesellschaft, für mehr Teilhabe und für mehr Chancengerechtigkeit werden auf einer Internetseite präsentiert (nach einer redaktionellen Überprüfung versteht sich). Die Internetseite machen wir dann natürlich in Flash, soll ja schick aussehen.

Robert Krüger-Kassissa
DIE LINKE im Wedding

Der öffentliche Raum im Bezirk Mitte wird gesäubert

Der Abschaum muss weg

Bei der Überschrift könnte der geneigte Leser vermuten, das Bezirksamt Mitte hätte jetzt mit den für Sauberkeit auf Straße, Plätzen und Parks zuständigen Einrichtungen eine Vereinbarung für häufigere Reinigungsarbeiten abgeschlossen oder sich entschlossen, im Rahmen der Ausgestaltung des öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) die Einrichtung von 100 ÖBS - Stellen für 1.300 Euro Brutto zu beschließen für eben diese Aufgabe: „Unser Bezirk soll sauberer werden!“

Das aber ist es nicht, was die Verwaltung in Berlins Mitte so umtriebiger werden ließ. Viel-

mehr ist eine erneute Problemverdrängungsstrategie vorgenommen worden. Das Problem

sind Menschen, die beispielsweise am Leopoldplatz bisher auf den Bänken ihrer gewiss nicht als rühmlich anzuerkennende Trinkleidenschaft frönten. Man könnte es auch „saufen im öffentlichen Raum“ nennen.

Dies ist übrigens keine Aktion im Rahmen des Marketingspektakels „be Berlin“



vom Berliner Senat. Zu verantworten hat diese Verdrängung von Menschen ausschließlich der Bezirk Mitte. Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher, findet diese bezirkliche Maßnahme weder sinnvoll noch hilfreich im Sinne von Prävention. Aber ihr sind keine Möglichkeiten gegeben, kleinkariertes Spießbürgertum auf Bezirksebene zu unterbinden.

Wo sind denn die eigentlichen Quellen für die Entwurzelung von Menschen aller Altersgruppen, die ihr Seelenheil im Alkohol ertränken – auch im öffentlichen Raum? Das sind doch die Auswirkungen einer Sparpolitik, die zu wenig Personal in der Kinder- und Familienpolitik verfügbar macht und das dort eingesetzte Personal überfordert mit den eigentlichen Aufgaben zur Beratung, Betreuung und Kontrolle. Das Verständnis von sinnvollem Leben jenseits der Droge Alkohol wird doch überwiegend in jungen Jahren geprägt.

Wird den Menschen, die jetzt aus dem öffentlichen Leben per Verbot von öffentlichen Plätzen verdrängt werden, damit geholfen? Werden sie nun Antialkoholiker? Mit einem Platzverweis und Bußgeldern wohl eher nicht.

Mit einer Betreuung und Beratung, die nicht mit dem Besuch einer Entzugsbehandlung endet, sondern zugleich Wiedereingliederung mit Bildungs- und gesicherten Arbeitsmöglichkeiten bietet, die ein armutssicheres Einkommen und selbstbestimmtes Leben gewährleistet, wären sicher auch einige für ein selbstbestimmtes Leben

ohne Drogen zu motivieren. Aber für genau solche komplexen Maßnahmen werden die Mittel nicht bereitgestellt. Zu teuer das Ganze.

Bezirkspolitik für eine saubere Stadt, die sich nur optischer Sauberkeit per Verordnung bedient und damit Menschen noch weiter ausgrenzt, ist reine Augenwischerei und nicht geeignet, Menschen mit Problemen zu helfen. Ein Zeugnis dafür, dass Politiker in Mitte Politik für alle Menschen machen und sie mitnehmen wollen, ist dies jedenfalls nicht.

„Schildbürgerstreiche“ zur Verdrängung unliebsamer Personen aus dem öffentlichen Raum sind ja nicht ganz neu. Wer erinnert sich noch an die einst existierenden „Kaffee Achteck“, kostenfreie öffentliche WCs im Berliner Stadtbild? Auch sie wurden abgeschafft und ersetzt durch Blumenrabatten, die heute neben Hauseingängen und zugänglichen Hausfluren die Bedürfnisanstalten ersetzen. Eine im Ergebnis zwar seltsame, aber real existierende Hygienepolitik – auch im Wedding

Bernhard Tornow
DIE LINKE im Wedding

Nein zum Krieg -
Ja zum gerechten Handel

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.

www.eine-welt-import.de

Fordern Sie unseren Prospekt an:
Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18,
13585 Berlin
e-mail: info@eine-welt-import.de

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -

United Globes
Buddhas
Cubita-Kaffee

Verkaufsverhandlungen mit Künstlergenossenschaft endlich abschließen

Wiesenstraße: Bieterverfahren stoppen

Aus Anlass der neuerlichen Probleme beim Verkaufsvorgang Wiesenstraße 29 erklärt der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion der LINKEN, Dr. Thomas Flierl:

Als am 20. Februar 2007 beschlossen wurde, die beiden Ex-Rotaprint-Grundstücke Gottschedstr. 4 und Wiesenstr. 29 aus dem Paketverkauf des Liegenschaftsfonds herauszunehmen und in das Finanzvermögen des Bezirkes Mitte rück zu übertragen, war der Weg bereitet, die beiden Grundstücke als Atelierhäuser sowie als Standorte für soziale und kulturelle Initiativen zu erhalten. Vorgesehen war die Rückübertragung an den Bezirk und die treuhändlerische Verwaltung durch die GSE bis zum Verkauf an die Nutzerinitiativen. Auch eine von meiner Fraktion beantragte Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss bewirkte damals diese Umkehr. Fast zwei Jahre später gilt die gemeinnützige ExRotaprint GmbH als Erfolgsmodell, während die Künstlergemeinschaft der Wiesenstraße 29 immer noch mit dem Liegenschaftsfonds um ihr Überleben kämpft.

Trotz aussichtsreichen Verlaufs wurden die Verkaufsverhandlungen des Liegenschaftsfonds mit der Künstlergenossenschaft aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgebrochen und für das Grundstück ein Bieterverfahren eröffnet.

Dagegen wandte sich u.a. Kulturstaatssekretär André Schmitz, der am 13. November 2008 einen Brief an den Liegenschaftsfonds für eine Wiederaufnahme der Verkaufsverhandlungen mit der Künstlergenossenschaft Wiesenstraße 19

plädierte. U.a. schrieb er: „Meine Verwaltung hält das Anliegen für berechtigt, weil nach den uns vorliegenden Erkenntnissen die Entscheidung des Liegenschaftsfonds auf z.T. sachlich falschen und überholten Behauptungen/ Voraussetzungen beruht. Zudem widerspricht sie sowohl dem erklärten Willen des Abgeordnetenhauses als auch gängiger Praxis in vergleichbaren Fällen.“

Der Regierende Bürgermeister folgt dieser Einschätzung und will, dass die Kulturverwaltung sich beim Senator für Finanzen bzw. dem Liegenschaftsfonds für die Wiederaufnahme der Verkaufsverhandlungen einsetzt.“

Auf meine Frage im Stadtentwicklungsausschuss am 8. Dezember, bekräftigte Senatorin Junge-Reyer ihre Überzeugung, dass sich der Kultursenator nicht nur gegenüber dem Liegenschaftsfonds einsetzen, sondern als Regierender Bürgermeister auch Wege finden wird, sich durchzusetzen. Das ist ihm bislang offensichtlich nicht gelungen.

Anzeige

Ihr freundlicher Lieferservice
Partyservice, Hauslieferung, Gastronomieservice

GETRÄNKE
NORD



Telefon 030 - 461 27 49

www.getraenke-nord-berlin.de

Neue Hochstraße 30 • 13347 Berlin

*Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 20.00 Uhr
Sonnabend von 9.00 bis 18.00 Uhr*

Interview mit „Christen pro Ethik“ (in Auszügen)

„Da müssen wir schon über den kirchlichen Tellerrand hinaus blicken.“

Plakate, Radiospots, Zeitungsberichte, Straßenstände, Anzeige im Berliner Fenster der U-Bahn. Die Initiative „Pro Reli e.V.“ gibt Gas. Für Radiospots wurden sogar prominente Fürsprecher wie Günther Jauch oder Fußballer Arne Friedrich gewonnen. Die Initiative will, dass Berliner Schülerinnen und Schüler sich zwischen Ethik- und Religionsunterricht entscheiden müssen. Derzeit ist Ethik-Unterricht in den Klassen 7 bis 10 Pflichtunterricht. Religionsunterricht kann in den Klassen 1 bis 13 zusätzlich gewählt werden, muss er aber nicht. Bis zum 21. Januar will die Initiative 170.000 Unterschriften für einen Volksentscheid zusammenbekommen. Eine kleine Gruppe Christen, nahezu wie die Gallier gegen die Römer in den Asterix-Filmen, macht den Spuk nicht mit. uff'n wedding sprach mit Markus Strobl, Erstunterzeichner von „Christen pro Ethik“.

Herr Strobl, ganz gleich was man von „Pro Reli“ hält, bezüglich Öffentlichkeitsarbeit macht die Initiative auf jeden Fall ordentlich Dampf. Glauben Sie, dass die erforderlichen 170.000 Unterschriften für ein Volksbegehren zusammenkommen?

Ich hoffe nicht, würde es aber - angesichts des massiven Einsatzes auch von Bischof Huber und der offensichtlich in gewaltigem Umfang vorhandenen und teilweise in Gottesdiensten als Kollekte eingeworbenen Gelder auch nicht völlig ausschließen, wenn ich nur an die Plakatkampagne denke. Für den Fall, dass es zum Volksentscheid kommen sollte, wäre es wünschenswert, dass auch die Menschen, die für den Erhalt des gemeinsamen Ethik-Unterrichts als Pflichtfach in der Lerngruppe eintreten, sich in der Öffentlichkeit deutlicher zu Wort melden. Da denke ich vor allem an die Parteien, die 2006 in Berlin das neue Fach eingeführt haben und es auch weiterhin unterstützen.

Sie als evangelischer Christ und viele weitere Christen wenden sich gegen diese Initiative. Erklären Sie uns bitte warum?

Als evangelischer Christ nehme ich mir, gemeinsam mit anderen Christen, die Freiheit, hier eine Position zu beziehen, die von der meiner Kirche abweicht. Warum? Weil wir es,

gerade in einer Stadt wie Berlin, in der Menschen aus mehr als 100 Ländern und entsprechend vielen Religionen leben, unerlässlich finden, dass es in der Schule ein Fach gibt, in dem sich alle Schüler/innen gemeinsam unter fachkundiger Anleitung und Begleitung über die Grundfragen von Leben und Zusammenleben austauschen.

In den Klassen 1-6 wird ja im freiwilligen schulischen Angebot für die Kinder die Grundlage in der jeweiligen Religion oder Weltanschauung gelegt. Das wird in den Diskussionen oft ausgeblendet. Der Ethikunterricht wird nur von der 7.-10. Klasse gegeben. Da kann es dann schon sein, dass in einigen Fällen Religion nicht freiwillig zusätzlich zu Ethik gewählt wird. Jugendliche aus christlichen Elternhäusern besuchen in dieser Zeit ohnehin den Konfirmanden- oder den Firmunterricht. Natürlich gibt es ein verständliches Interesse der Kirchen, möglichst viele Schüler/innen mit ihrem Religionsunterricht zu erreichen. Aber in der Abwägung müsste dieses Interesse der Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften hinter dem Gemeinwohl zurücktreten, das wir durch Ethik repräsentiert sehen. „Suchet der Stadt Bestes“, heißt es in der Bibel in Jeremia 29, Vers 7. Da müssen wir schon über den kirchlichen Tellerrand hinaus blicken.

Die Initiative „Pro Reli“ argumentiert, man wolle in Berlin nur die Wahlfreiheit zwischen Religionsunterricht und Ethikunterricht wie es auch in anderen Bundesländern üblich ist. Sollte Berlin hier einen Sonderweg gehen?

Wenn man immer so argumentiert, wird es nie eine gesellschaftliche Entwicklung geben. Das Land Brandenburg hat nach der Wende mit der Einführung des Pflichtfaches „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ - LER - 1996



Markus Strobl, von „Christen pro Ethik“

den ersten Schritt gemacht. Wenn es uns gelingt, in einem weiteren Schritt das bestehende Berliner Ethikfach zu bewahren, halte ich dies für durchaus modellhaft auch für andere Bundesländer. Ich denke dabei primär an die Großstädte mit ihren von Nationalitäten und Religionen her sehr heterogenen Bevölkerungen. Es geht darum, gemeinsame Zukunft in Deutschland zu denken und zu leben. Die Chance, damit bei den Schüler/innen zu beginnen, bei denen gegenseitige Vorurteile vielleicht noch aufzubrechen sind, verstreichen zu lassen, halte ich für fahrlässig. Das Bundesverfassungsgericht hat 2007 dem Berliner Landesgesetzgeber jedenfalls mit einer bemerkenswerten Begründung den Rücken gestärkt und den Berliner Weg für zulässig erklärt.

Stört Sie eigentlich der Inhalt der Initiative „Pro Reli“ oder die Art und Weise wie auf Stimmenfang gegangen wird oder beides?

Beides. Wenn „Pro Reli“ zum Ziel kommen sollte, wäre das gegenüber der geltenden Berliner Regelung ein eindeutiger gesellschaftlicher Rückschritt: die Trennung der Schüler/innen in einem Fach, in dem es um´s Große Ganze geht, wird von „Pro Reli“ locker-flockig mit dem Slogan „(Wahl-)Freiheit“ als Fortschritt verkauft. Aus eigentlich „Contra Ethik“ wird so „Pro Reli“. Viele durchschauen das zunächst nicht. Von daher sollte man, wenn man sich getäuscht fühlt, seine zunächst in gutem Glauben gegebene Unterschrift für „Pro Reli“ durchaus beim Bürgeramt oder schriftlich gegenüber dem Berliner Landeswahlleiter zurückziehen.

Wie stark ist der Druck von „Pro Reli“ gegen Sie und wie wehren Sie sich dagegen?

Von direktem offenem Druck gegen Personen habe ich nichts gehört. Es kam aber vor, dass Unterstützer von uns zu persönlichen Gesprächen durch Vertreter ihrer Kirche zu diesem Thema geladen wurden. Wir wissen auch, dass es, z. T. in den Gemeinden subtile Ausgrenzung gibt. Die einseitige Positionierung der Kirchenleitung und der Synode entfaltet hier schon einen gewissen Erwartungsdruck. Nicht umsonst sind Pfarrer, die uns unterstützen, meistens solche im Ruhestand. In einer Predigt von der Kanzel herab hieß es z. B.: „... dass es wohl keinen Grund gebe, hier nicht zu unterschreiben“. Es braucht Mut und Zuversicht, um die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen unserer Stadt für wichtiger zu halten als die Gunst von Vorgesetzten oder auch Freunden.

Herr Strobl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Fragen: Robert Krüger-Kassissa

Das komplette Interview unter:

www.linkstreff.de

Mehr unter: www.christen-pro-ethik.de

Kommentar

Ursache und Wirkung

Unsere Bundeskanzlerin legt Wert darauf, dass bei der Beurteilung der Situation im Nahen Osten Ursache und Wirkung nicht vertauscht werden oder Ursache und Wirkung nicht in Vergessenheit geraten. Eine löbliche Einstellung! Hätte sie sich doch nur daran gehalten.

Israel habe das Recht, seine Bevölkerung zu schützen und sein Staatsgebiet zu verteidigen, erklärte sie. Dem ist zwar grundsätzlich zuzustimmen, aber über Ursache und Wirkung des Konfliktes sagt dies nichts aus.

Auf die eigentlichen Ursachen des Konfliktes kann hier nicht eingegangen werden. Aber die Ursachen der aktuellen Eskalation sind eindeutig. Nicht genug mit monatelanger Belagerung dieses kleinen Streifens, in dem sich eineinhalb Millionen Menschen zusammendrängen. Einer Belagerung mit einer den Gaza-Streifen umgebenden menschenverachtenden Mauer mit der Folge, dass diese Menschen von Lebensmitteln, Wasser, Strom und ärztlicher Versorgung abgeschnitten sind.

Der Berichterstatter der UNO zu Menschenrechtsfragen in Palästina, Richard Falk, erklärt zu den Angriffen auf Gaza, dass der Bruch des Waffenstillstands von Israel ausging, nachdem er von palästinensischer Seite eingehalten wurde. In einer Aktion des israelischen Militärs waren danach im November mehrere Palästinenser getötet worden. Erst danach seien die Raketenangriffe in relevantem Umfang aufgenommen worden. Auch habe es mehrere Angebote zur Verlängerung des Waffenstillstands von Seiten der Hamas gegeben, die ohne israelische Antwort blieben.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Navi Pillay, hat Israels Regierung scharf wegen der Ausweisung des Menschenrechtsexperten Richard Falk angegriffen. Falk befand sich laut einer Meldung der Nachrichtenagen-

tur IPS auf einer Beobachtermission in den besetzten Gebieten. Gegenüber IPS äußerte Falk die Ansicht, das Motiv Israels sei eine Behinderung der Berichterstattung über die dortigen Umstände, insbesondere der in Gaza. Pillays Kritik wurde von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon mitgetragen.

Während also die Vereinigung aller Nationen, die UN die Ursache eindeutig bei den Israelis sieht, erklärt unsere Kanzlerin, offensichtlich uninformiert wie immer: Die Regierung Olmert verteidigt nur die eigene Bevölkerung!

Womit wir auch schon bei der Wirkung wären. Während die selbst gebastelten Raketen der Hamas bis zum Jahreswechsel ein Todesopfer forderten, einen israelischen Araber, lag die Zahl der palästinensischen Getöteten bei mindestens 400, darunter viele Frauen und Kinder.

Der in Israel Getötete ist ganz sicher ein Toter zuviel, aber er kann nicht als Entschuldigung dienen, nicht mit allen friedlichen Mitteln eine Lösung dieses auf beiden Seiten unendlich viel Leid verursachenden Konfliktes suchen zu müssen.

Während Angela Merkel noch im Georgien-Konflikt von unangemessener Reaktion Russlands sprach, bestätigte sie nun Israels Ministerpräsident Ehud Olmert, die Verantwortung für die jüngste Entwicklung liege „eindeutig und ausschließlich“ bei der Hamas. Von einer Aufforderung an ihn, die Kampfhandlungen einzustellen, ist nichts bekannt. Aber die Bundesregierung gehe davon aus, dass die

israelische Regierung alles dafür tue, um zivile Opfer zu vermeiden. Ein frommer Wunsch in einem Landstrich, in dem es keine militärischen Opfer mangels Militär geben kann, und in dem sich eineinhalb Millionen Zivilisten auf einem Gebiet aufhalten, das nur zweimal so groß ist wie Pankow.

Auch wenn die Raketenangriffe der Hamas-Militanten zu verurteilen sind, was derzeit im Gaza geschieht, hat mit Grundregeln des Völkerrechts und Konventionen zum Schutz der Menschenrechte nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Werner Schulten
DIE LINKE im Wedding

Charité spart bei den unteren Lohngruppen

Reinigungspersonal braucht Solidarität

Im Dezember haben sich vor dem Haupteingang des Weddinger Campus Virchow am Augustenburger Platz Reinigungskräfte des Berliner Universitätsklinikums Charité zu einer Protestveranstaltung versammelt. Sie haben damit gegen die von der Unternehmensleitung angekündigten Kostensenkungen protestiert, die vor allem wieder zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten gehen werden. Vor dem Haupteingang des Campus Virchow versammelten sich etwa fünfzig Angestellte der Kliniktochterfirma »Charité Facility Management GmbH« (CFM). In der CFM arbeiten fast nur Frauen. Die Kolleginnen hatten mit Hilfe der Gewerkschaft IG BAU diese Veranstaltung organisiert und an die vorbeikommenden Patientinnen und Patienten Flugblätter mit ihren Forderungen verteilt.

Die Gewerkschaft IG BAU wirft der Geschäftsführung der CFM vor, die Beschäftigten dazu zu drängen, ihre Verträge „freiwillig“ aufzulösen, damit ihnen danach Verträge mit schlechteren Bedingungen angeboten werden können. Hintergrund dieser unsozialen Aktion der Geschäftsführung der CFM ist, dass in diesem Jahr der Etat für die die Klinikreinigung der Charité um mehr als eine Millionen Euro gekürzt werden soll.

DIE LINKE im Wedding fordert seit vielen Jahren vom Berliner Senat, dass in den landeseigenen Betrieben die rein betriebswirtschaftliche Sichtweise abgestellt werden muss. Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen eine andere Funktion in ihrer betrieblichen Planung einnehmen als privatkapitalistische Betriebe der freien Wirtschaft. So muss die öffentliche Daseinsvorsorge so gestaltet werden, dass eine bestmögliche Versorgung für alle Menschen – unabhängig von Einkommen und sozialen Status sichergestellt wird. Auch für das Personal müssen öffentli-

che Betriebe eine Vorbildfunktion einnehmen, die in die private Wirtschaft ausstrahlen muss. Der öffentliche Dienst muss bei der Durchführung der Arbeit, beim Einkommen und beim Umgang mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Lokomotivfunktion für die Veränderung der unsozialen Arbeitswelt einnehmen. DIE LINKE im Wedding kritisiert seit Jahren, dass sich in einer Reihe von öffentlichen Betrieben – auch hier in Berlin – diese Vorbildfunktion nicht mehr ohne weiteres feststellen lässt.

Für besonders kritikwürdig hält DIE LINKE im Wedding, dass bei der CFM wieder einmal zulasten der schlecht bezahlten Tätigkeiten gespart werden soll. Das Reinigungspersonal hat heute schon eine starke Arbeitsbelastung, ungünstige Arbeitszeiten und schlechte Bezahlung hinzunehmen. Auf dem Rücken der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen weitere Lohndrückereien durchsetzen zu wollen, ist ein Skandal.

Uwe Hiksich
DIE LINKE im Wedding

Aufruf der Friedenskooperative Berlin

In den Zeitungen ist zu lesen, die Welt stünde am Rande der schwersten Krise seit 1929. Banken und Großanleger aber können sich beruhigen. 480 Milliarden Euro werden allein von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt, um den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Geldinstituten beizuspringen. Zugleich wird geplant, Langzeitarbeitslosen, die im Krankenhaus liegen, ein Drittel ihrer Bezüge von 347 Euro zu streichen – der Staat muss halt auch mal sparen. Knapp 7.300 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind gegenwärtig an 11 Auslandseinsätzen rund um den Globus beteiligt. Schon 1992 hatte der damalige Verteidigungsminister Rühle den Auftrag der Bundeswehr auf den Punkt gebracht, sie habe „den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt“ sicher zu stellen 2004 forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Brief an die Bundesregierung: „die Transformation der Bundeswehr von einer klassischen Verteidigungsarmee hin zu hochmobilen Krisen-Interventionskräften (ist) zwingend erforderlich.“ Er sagte auch gleich, woher dafür das Geld kommen soll: „Um insbesondere die staatlichen Investitionen für Verkehr, für die Zukunftsaufgaben in Bildung und Forschung und für Verteidigung deutlich zu steigern, müssen die konsumtiven Ausgaben des Staates drastisch reduziert werden. Das betrifft neben den Sozialausgaben und den Subventionen auch die Personalausgaben des Staates.“

Dafür muss die Gesellschaft noch weiter reif gemacht werden durch Abbau von Demokratie und von gewerkschaftlichen Grundrechten, durch die Züchtung von Fremdenhass und die Stigmatisierung und Ausgrenzung sozialer und ethnischer Randgruppen sowie durch eine Militarisierung des öffentlichen Lebens. Faschistoide Tendenzen sind dabei keine

Randerscheinung. Sie sind eine Konsequenz dieser Politik. Zwar sind diese gegenwärtig noch nicht voll „gesellschaftsfähig“, stehen aber latent immer in Bereitschaft, sollten die, die unter dieser Entwicklung zu leiden haben, doch noch einmal nach einer Alternative zu den bestehenden Verhältnissen fragen. Das sind Gesellschaftsverhältnisse, gegen die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gekämpft haben. Deshalb wurden sie vor neunzig Jahren, am 15. Januar 1919, von reaktionären Freikorps ermordet. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ehrend wenden wir uns gegen imperialistische Kriege. Wir demonstrieren gegen jede direkte und indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands, gegen alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO.

Wir demonstrieren gegen den untrennbar mit horrenden Rüstungsausgaben verbundenen rapiden Sozialabbau.

Wir wehren uns gegen Demokratieabbau und gegen faschistoide Tendenzen in dieser Gesellschaft.

Wir demonstrieren gegen Nazis, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus.

Wir zeigen, dass wir dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus auf besondere Weise verpflichtet sind.

Für eine Welt der sozialen, kulturellen wirtschaftlichen und ökologischen Menschenrechte und gegen die Abhängigkeit von Profitlogik und Konkurrenz.

Deshalb gehen wir an die Orte der Ermordung von Karl und Rosa, an denen durch die demokratische Bewegung in Westberlin Denkmale errichtet wurden. Wie in jedem Jahr! Sie sind nicht vergessen!!!

15. Januar 2009, 17.30 Uhr Wittenberg-Platz

Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung des Januaraufstands verhafteten am 15. Januar 1919 in Berlin Freikorpsoldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die untergetauchten Führer des Spartakusbunds, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie verschleppten die beiden Köpfe der revolutionären Bewegung in das Hauptquartier im Hotel Eden und verhörten sie dort unter schweren Misshandlungen. Anschließend erschossen sie Liebknecht im Tiergarten mit drei Schüssen aus nächster Nähe. Luxemburg wurde ebenfalls von ihren Bewachern heimtückisch ermordet. Ihre Leiche warfen sie in den Landwehrkanal, wo sie erst Ende Mai 1919 gefunden wurde.

Der Sarg von Luxemburg mußte daher leer bleiben, als er symbolisch mit 31 weiteren Opfern des Januaraufstands, unter ihnen Liebknecht, am 25. Januar auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde zu Grabe getragen wurde. Den Leichenzug nutzten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu einer beeindruckenden Massendemonstration. Für die Beerdigung Luxemburgs am 13. Juni 1919 mussten aufgrund des großen Andrangs sogar Eintrittskarten ausgegeben werden.

Die Ermordung der beiden Kommunisten, von denen es in der Presse tags darauf hieß, Liebknecht sei auf der Flucht erschossen und Luxemburg von einer aufgebrachten Menge gelyncht worden, riefen auch im Bürgertum Empörung hervor. Mit Verständnislosigkeit reagierten weite Teile der Öffentlichkeit, als ein Kriegsgericht die maßgeblich an den Morden beteiligten Offiziere im Mai 1919 freisprach. Unterzeichnet wurde das auf scharfe

Kritik stoßende Urteil vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske. Das Gerichtsurteil vertiefte nach dem Januaraufstand und den Morden noch einmal erheblich den Graben zwischen der radikalen Linken und der SPD, die als Regierungspartei für die Geschehnisse verantwortlich gemacht wurde.

Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 90. Jahrestages ihrer Ermordung. Stilles Gedenken in der Gedenkstätte der Sozialisten am Sonntag, 11. Januar 2009, zwischen 9 und 13 Uhr.

Herbert Butter
Rechtsanwalt

Ausländer-Recht
VersicherungsR
FamilienR
SozialR
allgem. ZivilR

Badstraße 30
13357 Berlin-Wedding
Tel.: 030/493 60 55
Fax: 030/ 493 83 83
www.ra-butter.de

Berlin - Hauptstadt des Prekariats

Fünf Jahre nach den Hartz IV-Reformen leben viele Menschen heute in Deutschland in katastrophalen Lebensverhältnissen. Die Befürworter der Reformen haben ihr Ziel fast erreicht und pflücken nun die Ernte. Trotz aller möglichen Manipulationsversuche seitens der Regierung und der Medien tritt das Elend in der Gesellschaft immer mehr zu Tage und wird offensichtlich.

Der Boom der Leiharbeit und die steigende Zahl von Ein-Euro-Jobs gehört allmählich auch in Berlin zum Alltag. Die geplante Strategie der Bundesregierung, den Arbeitsmarkt auf Kosten der Beschäftigten flexibler zu machen, die Löhne zu drücken und gleichzeitig die unterste Schicht der Gesellschaft durch Hartz IV in die Armut zu schicken, ist nun fast Realität geworden. Die Rechnung ist also ohne viel Widerstand aufgegangen.

Demzufolge stieg die Zahl der Leiharbeiter allein in Berlin zwischen 2004 und 2006 um 111 Prozent und die Zahl der Midijobs um 105 Prozent. Auch die Zahlen der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten wuchs um 44 Prozent, die Zahl der Selbstständigen um 22 Prozent. Die Arbeitsverhältnisse wurden dadurch unsicherer, die Einkommen reichten kaum zum Überleben. Mehr als 110.000 Menschen in Berlin können heute von ihren Jobs alleine nicht existieren und brauchen staatliche Sozialleistungen.

Ca. 363.000 Beschäftigte in unserer Stadt leben von einem Nettoverdienst unter 900 Euro monatlich, also am Rande der Armutsgrenze.

Schlimm ist vor allem der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Berlin im gleichen Zeitraum (2004 bis 2006) um 5 Prozent. Die prekären Arbeitsverhältnisse haben mit der Zeit so Überhand genommen, dass ein Viertel aller Erwerbstätigen heute an der Pfändungsgrenze leben muss.

Diese Zahlen und Fakten bescheren Berlin den traurigen Ruf der Hauptstadt des Pre-

kariats. Sage und schreibe 7% aller Beschäftigten sind trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen. Hier sind noch nicht die eingerechnet, die aus Scham die ihnen zustehenden Leistungen gar nicht in Anspruch nehmen. Zum Vergleich die Werte anderer Städte: Bremen 4,7%, Hamburg 3,3%, Köln 3,0%, Frankfurt 2,1%, München 1,5%.

Daher ist es höchste Zeit, diese katastrophale Entwicklung endlich gesellschaftlich zu stoppen und ein weiteres Anwachsen des Niedriglohnssektors zu verhindern. Das ist die unvermeidbare Quelle der Armut in der Gesellschaft und des menschenunwürdigen Lebens.

Daher ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (mindestens 10 Euro pro Std.) dringend notwendig und wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Um die Würde der Menschen zu gewährleisten, müssen die Beschäftigten menschlich entlohnt und voll sozial versichert arbeiten.

Arslan Yilmaz
DIE LINKE im Wedding

Anzeigenpreise

1/2 Seite 40,00 Euro

1/4 Seite 25,00 Euro

Abschlussrabatt

6 Ausgaben 10 %

12 Ausgaben 20 %

Auflage: 6.000 Exemplare

Atomkraftwerke abschalten – Stromanbieter wechseln

Seit vielen Jahren fordern Umweltverbände den Ausstieg aus der Atomenergie. Jetzt müssten eigentlich nach dem zwischen rot-grüner Bundesregierung und den großen Stromkonzernen ausgehandelten Kompromiss endlich vier Atomreaktoren abgeschaltet werden. Davon möchte die Atomlobby aber nichts mehr wissen. Sie versucht den Ausstieg aus der Atomenergie zu verzögern und auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu verschieben. Die Atomlobby hofft, dass eine schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen wird.

Das Risiko von Unfällen in den Atomreaktoren steigt ständig an, so dass die Gefahr eines SuperGaus von Jahr zu Jahr steigt. Gleichzeitig ist es eine Lüge, dass Atomkraft den Strom billiger machen würde. Atomstrom ist der teuerste Strom für die Volkswirtschaft. Er verlagert die Kosten für die Endlagerung des giftigen Atommülls auf die Allgemeinheit und auf zukünftige Generationen. Durch die Nutzung der Atomenergie werden einzig und alleine die großen Stromkonzerne reich.

Die meisten deutschen Atomreaktoren sind bereits kalkulatorisch abgeschrieben und machen damit den Strom aus diesen Reaktoren kalkulatorisch billig. Durch die ständige Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke werden mit jedem Jahr Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke den Stromkonzernen rund 10 Milliarden Euro zusätzlichen Gewinn in ihre Kassen gespült.

Durch die Nutzung der Atomenergie wurden alleine in Deutschland zwischenzeitlich mehr als 450 Tonnen radioaktiver Müll produziert. Dieser Müll muss viele zehntausend Jahre ge-

lagert werden und strahlt danach noch immer. Die Nutzung der Atomenergie stellt eine unverantwortliche Belastung für die nächsten Generationen dar.

Jede und Jeder kann etwas dafür tun, damit Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Durch den Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter können die Stromkunden erreichen, dass ihr Geld nicht mehr zu den Atomkonzernen fließt, sondern für den Ausbau erneuerbarer Energien verwendet wird. Sonne, Wind und Wasser sind die Energien der Zukunft und tragen schon heute zu 15 Prozent (2007) zur deutschen Stromversorgung bei.

Dabei sollten alle Stromkundinnen und Stromkunden darauf achten, dass von den Stromunternehmen ausschließlich „grüner Strom“ geliefert wird. Die Umweltverbände haben dabei den von ihnen empfohlenen vier Ökostromanbietern klare Vorgaben für die Anerkennung als Ökostromanbieter aufgezeigt.

Als von den Umweltverbänden anerkannte Ökostromproduzenten wurden bisher festgelegt:



Diese Ökostromanbieter haben ihr Unternehmen zertifizieren und mehrfach überprüfen lassen, so dass sichergestellt wird, dass diese Anbieter nur Ökostrom verkaufen. Die Ergebnisse der Prüfungen unabhängiger Institute werden veröffentlicht und können von jedem Kunden eingesehen werden.

Wenn Kunden zu einem der vier Stromanbieter wechseln, die von den Umweltverbänden empfohlen werden, haben sie eine dreifache Sicherheit:

1. Sicher gegen Atomkraft und Klimawandel

Die vier Ökostromanbieter engagieren sich aktiv mit ihren Mitteln gegen gefährliche Atomkraft und für Klimaschutz.

2. Sichere Stromversorgung

Die physikalische Stromversorgung, also der „Strom aus der Steckdose“, fließt so sicher wie gewohnt. Die Ökostromanbieter nutzen (natürlich) das allgemeine Stromnetz. Eventuelle Störungen werden von dem lokalen

Netzbetreiber behoben. Die Kosten hierfür sind durch die monatliche Grundgebühr gedeckt.

3. Sicherheit und Fairness für Sie

Es gibt keine Wechselgebühren oder versteckte Kosten. Alle Ökostromanbieter haben keine oder nur eine kurze Mindestvertragslaufzeit (maximal drei Monate). Die Kündigungsfrist beträgt jeweils vier bis sechs Wochen zum Monatsende. Bei unabhängigen Verbraucherempfehlungen (z.B. Stiftung Warentest) erhalten alle vier Unternehmen insgesamt gute und sehr gute Bewertungen für den Kundenservice. In der Vergangenheit sind auch die Strompreise von allen vier Ökostromanbietern langsamer gestiegen als der durchschnittliche Strompreis (für Privatkunden) in Deutschland.

Uwe Hiks
NaturFreunde Berlin

Weitere Informationen:

<http://www.atomausstieg-selber-machen.de>

Diether Dehms besondere Lesung im Kult(ur) am Sonntag

Ein Feuerwerk der Emotionen

Neugierig macht es schon, wenn ein überzeugter Linker, ein Mann mit dem Anspruch, dass eine andere Welt tatsächlich möglich und notwendig ist, als Autor auftritt, um sein Buch persönlich vorzustellen und daraus zu lesen. Zumal ja angekündigt war, dass zur Auflockerung auch noch gesungen werden sollte.

Eine Autorenlesung, so wie ich sie schon erlebt habe, war es den ganzen Abend nicht. Statt dessen präsentierte Diether Dehm ein Feuerwerk der Emotionen, bekannte sich einfühlsam zu einer Landschaft und zu den Menschen dort, die ihn letztlich veranlassten, dieses Buch zu schreiben. Den anwesenden Zuhörern verdeutlichte er noch mal die historische Situation des Mussolini-Faschismus, in der seine Figuren agierten, bevor er sich einzelnen Textpassagen zuwendete.

Von „Schwarz-Weiß“ – Malerei hält Diether Dehm nichts. Darauf hinzuweisen war ihm wichtig. Er hat den „Gegenspieler“ mit Charakter und Gefühlen gezeichnet, aber auch mit jenem brutalen, gewalttätigen und ohnmächtigen Machtgehabe, wenn einer spürt, sein Gegenüber, obwohl in einer für ihn persönlich fast aussichtslosen Lage, ist der moralische Sieger.

Was sich mir besonders eingepägt hat?

Da wäre zunächst mein Eindruck von freundschaftlicher Verbundenheit Diether Dehms zu



Dr. Diether Dehm MdB

seinem musikalischen Begleiter, vorgestellt von ihm als Chef eines DDR-Unternehmens, das die Treuhand überlebt hat und Oberleutnant der NVA a.D., Pilot einer MIG. Chef vom Oktoberklub ist Michael Letz ja heute noch.

Diether Dehm ließ sich auch beim Lesen aus seinem Buch musikalisch begleiten. Seine Vorbemerkung: Ich möchte das Buch verfilmen, am Liebsten in Hollywood und da haben wir schon mal zwei, drei Titel gemacht. Möglich ist alles, habe ich gedacht.

Eine Szene seines Buches spielt in einem Restaurant. Da gerät der Buchheld in eine bedrohliche Lage, weil ein Trupp junger Faschisten ihn anmachen und aufmischen will.

Gerettet wird die Lage vom Koch des Restaurants, der offensichtlich eine so imposante Erscheinung war, dass auch vier Leute sich lieber zurück zogen, als es auf eine Auseinandersetzung ankommen zu lassen. In diesem Augenblick hatte ich die Reflexion ins Deutschland von heute. Dort, wo sich „Glatzen“, aber auch andere Randalierer nur in der Masse stark fühlen.

Singen, singen kann der Dehm auch. Da schob er dann zwischen die Leseabschnitte Brechtlieder. Gut angekommen sind sie bei allen, seine musikalischen Interpretationen.

Die Buchlesung „Bella Ciao“ konnte und musste abgerundet, sozusagen vollendet werden mit dem gleichnamigen Partisanenlied. Anders wäre der Verlauf des Abends unvollständig. Diether Dehm fand, das Lied muss man als Liebes- und Abschiedslied ohne martialischen Marschmusikrhythmus singen. Ein Mann, der in den Kampf gegen einen übermächtigen Feind zieht, der nicht weiß, wissen kann, ob er sie je wiedersehen wird, die geliebte Schöne. Und Diether Dehm sang und interpretierte dieses Lied in seinem Verständnis. Hat mir gefallen.

Aber auch in der martialischen Vortragsform habe ich persönlich immer an ein Abschiedslied im Sinne von ungewissem Abschied von der schönen Geliebten gedacht.

Danke, Diether für Deine tolle Vorstellung hier im Roten Wedding. Und wenn Du mal wieder Zeit oder ein neues Buch geschrieben hast, schau vorbei. Wir freuen uns.

Bernhard Tornow

Diether Dehm textete die deutschen Linkshymnen „Was woll'n wir trinken 7 Tage lang“, „Das weiche Wasser bricht den Stein“ und schrieb den Nr 1-Hit „Monopoly“. Ab 1980 betätigte er sich als Autor und Co-Autor diverser Rock- und Kabarett-Künstler wie Klaus Lage, Dieter Hildebrandt und Albert Mangelsdorff.

Er ist Autor diverser Unterhaltungs- und Satire-Sendungen im Fernsehen (z. B. Hurra Deutschland). 1995 schrieb er das Musical Stars, das 1996 in Nordhausen uraufgeführt wurde.

Seit Jahren arbeitet Dehm mit Künstlern wie Peter Sodann, Konstantin Wecker, Rolf Hochhuth oder der Thüringer Band EMMA zusammen.

Insgesamt erhielt Diether Dehm als Autor und Manager elf Goldene LPs und drei Platin-LPs.

Bürgerangebote

LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete/Migration

jeden 1., 2. 3. und 4. Mittwoch 17-19.00 Uhr
durch RAe René Wenker, Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit
dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation
der LINKEN im Wedding
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

Veranstaltungen

LinksTreff

Kult(ur) am Sonntag

Sonntag, 25. Januar 2009 18.00 Uhr

Silvia Höhne liest
Rosa Luxemburg

Theorie am Montag

Montag, 19. Januar 2009 19.00 Uhr

Die Freiwirtschaftslehre
Referent: Heiko Langner

DIE LINKE Gesundbrunnen

Donnerstag, 15. Januar 2009 19.00 Uhr

Euler Eck, Eulerstr. 18

Veranstalter:

NaturFreunde Berlin, OG Adelante

24.01.2009 | 14.00

Der Friedhof der Sozialisten und die
Geschichte der Arbeiterbewegung

Ort: Friedhof der Sozialisten

Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)
Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V.
Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00
Kto. 660 308 77 13

Impressum

uff´n wedding wird im Eigendruck
herausgegeben vom LinksTreff
Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff
Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347
Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de

web: www.linkstreff.de